

Luzern, 17. September 2017

**Matinee-Gottesdienst zum Betttag**  
**Sonntag, 17. September 2017**  
**Panoramasaal, Hotel Seeburg, 6006 Luzern**

**Zusammenhalten stärkt**  
**Ansprache Regierungspräsident Guido Graf**

Im Namen der Luzerner Regierung heisse ich Sie herzlich willkommen zu diesem Gottesdienst am heutigen Dank, Buss- und Betttag unter dem Aufruf «zusammenhalten stärkt». Ich freue mich sehr, heute hier zu sein und danke herzlich für die Einladung.

«Unus pro omnibus, omnes pro uno.» So lautet die Inschrift unter der Kuppel des Bundeshauses. «Einer für alle, alle für einen». Das ist das Leitmotiv unseres Staatswesens. Wie kam es dazu? Lassen Sie uns bis ins 19. Jahrhundert zurückgehen: Im Jahre 1868 gab es heftige Herbst stürme. Diese führten zu grossen Überschwemmungen in den Zentralschweizer Alpen, insbesondere im Kanton Tessin. Der Bundesrat erliess daraufhin einen Spendenaufruf an das Schweizer Volk. Die Presse beteiligte sich am Spendenaufruf mit den Worten «Einer für alle, alle für einen.» So wurden Geldsammlungen für Naturkatastrophen im 19. Jahrhundert zu identitätsstiftenden Ereignissen der Schweiz und förderten die eidgenössische Solidarität.

«Einer für alle, alle für einen» wurde zum traditionellen Leitspruch der Schweiz. Diese Solidarität - in Form von Geldsammlungen für Naturkatastrophen - ist umso bemerkenswerter, da das 19. Jahrhundert für viele Schweizerinnen und Schweizer eine schwere Zeit war - geprägt von Armut und Hunger. Dennoch teilte man das wenige, das man hatte, miteinander - so wie im Bibeltext «Die Speisung der Fünftausend». Dieser Rückblick in die Schweizer Geschichte macht klar: Solidarität ist ein Wert, der tief in der Schweizer Eidgenossenschaft mit ihrem föderalistischen System verwurzelt ist. Oder anders gesagt: In der Schweiz halten wir zusammen, hier gilt «Einer für alle, alle für einen».

Warum sind wir solidarisch? Gemäss Definition ist Solidarität bedingungslos. Sie gründet auf Zusammengehörigkeitsgefühl und dem Bedürfnis, füreinander einzutreten. Ist Solidarität folglich vollkommen uneigennützig? Ich denke: Ja und Nein. Man ist einerseits solidarisch, um andere zu stärken. Und man ist andererseits solidarisch, weil zusammenhalten uns als grosses Ganzes stärkt - als Schweiz, als Kanton, als Stadt und/oder Gemeinde, als Gesellschaft. Und wo es dem grossen Ganzen gut geht - geht es eben auch einem selbst gut. So hält auch die Präambel der Bundesverfassung, fest, dass sich die Stärke des Volkes am Wohl der Schwachen misst. Heute leben wir nicht mehr im 19., sondern im 21. Jahrhundert. Aktuell fordern nicht nur Umweltkatastrophen unsere Solidarität, sondern auch andere Herausforderungen, mit denen unsere Schweiz, unser Kanton unsere Gesellschaft konfrontiert sind. Ich denke hier z.B. an den demografischen Wandel. Immer mehr ältere Menschen stehen immer mehr jüngeren Menschen gegenüber. Das stellt unsere Solidarität zwischen Jung &

Alt auf den Prüfstand, so z.B. bei der AHV oder bei den Krankenkassenprämien. Hier ist der Staat gefordert, diese soziodemografischen Veränderungen in den Sozialwerken zu berücksichtigen und zu integrieren. Die Gesellschaft ist zudem gefordert, die älteren Menschen nicht nur als Kostenfaktoren zu sehen, sondern als wertvolle Mitglieder unserer Gesellschaft; die aufgrund ihrer früheren Leistungen massgeblich zu unserem heutigen Wohlstand beigetragen haben, und noch heute zahlreiche unbezahlte Leistungen wie z.B. Kinderbetreuung für jüngere Generationen erbringen. Jung und Alt dürfen folglich nicht gegeneinander ausgespielt werden, - so wie das in der aktuellen Debatte um die Rentenreform teilweise geschehen ist und noch immer geschieht - sondern wir müssen vielmehr dafür sorgen, dass sich Jung und Alt solidarisch zusammen tun und Herausforderungen gemeinsam angehen. Wenn wir das schaffen, dann wird uns hoffentlich bewusst werden, dass noch immer genug für alle da ist - so wie in «die Speisung der Fünftausend» geschehen. Eine weitere grosse Herausforderung des 21. Jahrhunderts ist sicherlich die Migration. Sie kennen die Zahlen: weltweit sind aktuell rund 65 Millionen Menschen auf der Flucht, gemäss UNICEF sind darunter auch 28 Millionen Kinder, viele davon unbegleitet. Stellen Sie sich vor: das jüngste unbegleitete Flüchtlingskind, das dem Kanton Luzern zugewiesen wurde, war gerade einmal 11 Jahre alt. Das macht betroffen, und ich glaube wir sind uns einig: Wir müssen uns gegenüber Asylsuchenden und Flüchtlingen, die an Leib und Leben bedroht sind und daher unseren Schutz dringend benötigen, solidarisch zeigen. Das fordert unsere humanitäre Tradition, sprich unsere Menschlichkeit - hier gilt es weltweit zusammenzuhalten. Dennoch darf hier unsere Solidarität nicht einfach nur bedingungslos sein, sondern muss ein Geben und Nehmen bedeuten: Mit gezielten Integrationsmassnahmen, die FORDERN und FÖRDERN, müssen wir erreichen, dass möglichst viele Migrantinnen und Migranten nachhaltig ein wirtschaftlich unabhängiges Leben führen können. Diese Integration kostet viel Geld. Daher müssen wir uns auch überlegen, wie wir mit den Wirtschaftsflüchtlingen umgehen, deren Zahl weltweit zunimmt. Diese Menschen brauchen Perspektiven in ihren Herkunftsländern. Die bisherige Entwicklungshilfe hat nicht die gewünschte Wirkung erzielt, es braucht unbedingt neue Ansätze. Ansonsten steigen die Sozialkosten für Migrantinnen und Migranten bald ins Unermessliche, so dass eben nicht mehr genug für alle da ist, und wir sitzen als Folge auf einem sozialpolitischen Pulverfass, was unseren Zusammenhalt als Gesellschaft gefährden würde. In diesem Zusammenhang finde ich es auch wichtig, dass wir - bei aller Solidarität gegenüber Migrantinnen und Migranten mit anderen religiösen und kulturellen Hintergründen - deutlich für unsere westlichen, christlich-geprägten Werte als eine Art Leitkultur eintreten. Das heisst nicht, dass Migrantinnen und Migranten ihre Religion und Kultur nicht leben dürfen, aber sie dürfen unseren Rechtsstaat sowie unsere Werte nicht aberkennen und/oder missachten. Denn es sind schliesslich unsere Werte, die uns als Gesellschaft zusammenhalten und stärken. Weiter sind die Goldenen Jahre wohl vorbei, vielerorts muss der Gürtel enger geschnallt werden, so auch hierzulande - obwohl es uns im internationalen Vergleich noch immer gut geht. So hat auch der Kanton Luzern aktuell grosse finanzpolitische Herausforderungen zu meistern - und muss sparen. Dass davon auch die Schwachen betroffen sind - so z.B. mit den Kürzungen bei der Prämienverbilligung - bedauere ich im Namen der Luzerner Regierung sehr. Bei aller Kritik an dieser Sparmassnahme darf aber nicht vergessen werden, dass der Kanton mit Bundesbeiträgen noch immer knapp 2.7 Milliarden Franken pro Jahr für die soziale Wohlfahrt ausgibt: AHV, IV, Ergänzungsleistungen, Prämienverbilligung, Mutterschaftsbeihilfe, Alimentenbevorschussung, Kindergelder, Stipendien. Die Luzerner Regierung setzt alles daran, um den Finanzhaushalt nachhaltig wieder ins Lot zu bringen. Dafür sind wir aber auf Unterstützung angewiesen. Ganz nach meinem Präsidialmotto «Stadt und Land - mitenand, förenand!» müssen wir jetzt ganz besonders zusammenhalten: Stadt und Land, Kanton und Gemeinden, Parteien von rechts bis links - zum Wohle unseres Kantons Luzern und unserer Luzerner Bevölkerung. Dass wir uns jetzt endlich auf ein Budget einigen konnten, ist ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

«Einer für alle - alle für einen». Liebe Gottesdienstbesucherinnen und -besucher, lassen Sie uns als Land, als Kanton, als Gesellschaft auch weiterhin zusammenhalten, damit wir stark genug bleiben, um die Herausforderungen unserer Zeit zu meistern. Und um diesen Zusammenhalt zu bewahren, braucht es auch einen starken Zusammenhalt in den Partner-

schaften, in der Familie und in der Verwandtschaft sowie in der Nachbarschaft und im Quartier. Lassen Sie uns auch weiterhin füreinander da sein, miteinander teilen, z.B. indem wir auch zukünftig die soziale Wohlfahrt stärken. Und während wir das teilen, was wir haben, merken wir nur allzu oft, dass genug da ist für alle - so wie bei der «Speisung der Fünftausend». Geschätzte Anwesende, wir haben hier in unserer Schweiz das Privileg, dass noch immer genug da ist für alle. Wir leben zwar nicht mehr im Überfluss wie noch vor einigen Jahrzehnten in der Nachkriegszeit bis ca. zum Jahr 2000, und wir müssen jetzt einige Ansprüche herunterschrauben, aber es ist noch immer genug für alle da. Das ist nicht selbstverständlich - vor allem nicht im internationalen Vergleich. Schätzen wir es, gehen wir sorgsam damit um, und sind wir dankbar dafür! Ich danke Ihnen herzlich für Ihre grosse Solidarität - miteinander und füreinander! Herzlichen Dank auch an die drei Landeskirchen des Kantons Luzern - namentlich die Römisch-Katholische, die Reformierte sowie die christkatholische, die insbesondere auch durch ihre vielen karitativen Engagements massgeblich zu unserem gesellschaftlichen Zusammenhalt beitragen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen - im Bewusstsein, dass wir nicht alleine unterwegs sind, sondern auf die Unterstützung Gottes zählen können - einen besinnlichen und vor allem auch solidarischen Dank-, Buss- und Betttag.

(Es gilt das gesprochene Wort!)